

Das Wissen der ÖsterreicherInnen über den Islam ist null



ZAMAN Österreich im Gespräch mit Mag. Thomas Schmidinger, Lektor am Institut für Politikwissenschaft, über das „Problem der Repräsentanz“ der IGGIÖ, den steigenden Rechtsextremismus in Europa und den PKK-Terror in der Türkei.

Sie haben bis zuletzt Kritik an der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich geübt. Ist sie nun nach dem aktuellen Stand Ihrer Meinung nach repräsentativer?

Repräsentativ nicht, aber repräsentativer als vorher. Das muss man auf jeden Fall anerkennen. Ich habe mich die letzten Monate mit Kritik etwas zurückgehalten – schlicht und einfach weil ich der neuen Führung die Chance geben will, es besser zu machen. Ich möchte zuerst schauen, wie sie agiert, bevor ich mit öffentlicher Kritik da vorpresche. Ich bin aber zugegebenermaßen weiterhin skeptisch, und zwar aus mehreren Gründen. Erstens: Es stimmt, dass die IGGIÖ „repräsentativer“ geworden ist, weil auch neue Dachverbände wie die ATIB reingeholt wurden und weil es eine gewisse Logik hat, dass in einer Community von großteils Menschen mit türkischer Herkunft die Führung nicht ausschließlich aus der relativ kleinen Gruppe der arabisch-sunnitischen Muslime kommt. Politisch, denke ich, hat sich da wenig geändert, außer dass der Verband von einer arabisch geführten Glaubensgemeinschaft zu einer türkisch geführten geworden ist. Mein zweiter Kritikpunkt betrifft mehr die österreichische Politik, nämlich dass es nicht möglich ist, eine einzige Organisation zu schaffen, die alle Muslime in Österreich repräsentiert. Zum einen wurde die IGGIÖ also von der österreichischen Politik zu dieser Instanz gemacht, zum anderen hatte die alte Führung der IGGIÖ auch diesen Anspruch. Das funktioniert nicht. Wir haben leider keine Zahlen, wie viele Muslime überhaupt in den verschiedenen Moscheen oder Dachverbänden organisiert sind.

Welche Rolle spielt an diesem Punkt die österreichische Politik?

Da gibt es zu wenig Interesse an der Vielfalt des Islam. Es hat in Österreich ganz lange die Haltung gegeben, dass es eine Person geben soll, mit der man eben sprechen kann. Ich habe das oft so zusammengefasst: „Der Islam hat eine Telefonnummer in Österreich.“ In den letzten Jahren hat sich das nur ansatzweise aufgeweicht. Ich denke aber nicht, dass es möglich wäre, einen Dachverband zu haben, der alle Muslime repräsentiert.

Gibt es andere Länder, die zwar keine islamische Glaubensgemeinschaft haben, wo aber der Dialog besser funktioniert?

In Europa haben wir sehr unterschiedliche Systeme des Verhältnisses von Staat und Religion. Es stimmt nicht, dass Österreich das einzige Land mit staatlicher Anerkennung des Islam ist. Da gibt es noch Belgien und Ungarn, wobei in Ungarn jetzt ein neues Religionsgesetz vorhanden ist, nach dem alle drei anerkannten islamischen Gemeinschaften nun nicht mehr anerkannt sind – also eine Verschlechterung für die Muslime in Ungarn. Dann gibt es Länder

wie Spanien oder Frankreich, wo es einen Dachverband gibt, der aber nicht als Religionsgemeinschaft betrachtet wird, sondern als eine Art offizieller Ansprechpartner. In Deutschland gibt es das System der Islamkonferenz, in der verschiedene Organisationen, aber auch Personen eingeladen sind. Alle diese Systeme haben Vor- und Nachteile. Das deutsche System ist sicher integrativer, hat aber den Nachteil, dass es nicht in allen Bundesländern dazu geführt hat, dass der Islam eine gleichgestellte Religionsgemeinschaft ist.

Stichwort: Aleviten.

Was sich in Österreich auf jeden Fall ändern müsste, wäre dieser Monopolanspruch. Mit der Anerkennung einer der alevitischen Gruppe – die sind sich ja auch nicht einig – hat sich dieser Anspruch teilweise aufgelöst. Es gibt innerhalb der Aleviten recht komplexe Diskussionen über die alevitische Identität. „Sind wir Teil des Islam oder sind wir etwas Eigenständiges? Wenn wir ein Teil des Islam sind, was sind wir genau? Sunnitisch, schiitisch oder eine dritte Sonderform?“ Diese Fraktionen gibt es alle in Europa. Es gibt zum Beispiel den „Cem Vakfi“ – ein bisschen analog zu ATIB, mit enger Bindung an die türkische Regierung. Dann gibt es die Föderation der alevitischen Gemeinden, die stärker eine eigenständige Betonung will, wo sich einige nicht als Muslime sehen. Aus meiner Sicht muss allerdings die Debatte, wer die Aleviten sind, von den Aleviten selbst geklärt werden.

Was sind also Ihre zentralen Fragen, was die IGGIÖ anbelangt?

Die Definition der Mitgliedschaft: „Wer ist Mitglied der Islamischen Glaubensgemeinschaft und wen vertritt Sie?“ Diese Frage ist auch mit der neuen Verfassung nicht gelöst worden, weil sie offiziell nach österreichischem Gesetz immer noch alle Muslime vertritt, aber nur jene wahlberechtigt sind, die freiwillig Mitglied werden und den Mitgliedsbeitrag zahlen. Mich würde es interessieren, wie viele Muslime in Österreich tatsächlich überhaupt wissen, dass sie von der Islamischen Glaubensgemeinschaft mitvertreten werden. Die interne Verfasstheit der Glaubensgemeinschaft geht mich dann nichts mehr an. Die Mitglieder müssen selbst entscheiden, wie sie sich organisieren. Oder Menschen, die sich nicht vertreten fühlen, können dann etwas anderes gründen.

Sie kritisieren, schlagen aber keine Verbesserungen vor.

Der zentrale Punkt ist: Es ist nicht die Aufgabe eines nicht-muslimischen Politikwissenschaftlers, Vorschläge zu machen, wie sich die Mitglieder besser organisieren sollen. Ich schlage auch keine Verbesserungen zur Struktur der katholischen oder evangelischen Kirche vor, weil ich nicht Mitglied bin. Ich halte die katholische Kirche für einen furchtbar autoritären Verein. Zusammenfassend: Meine Kritik ging in beide Richtungen – sowohl an die österreichische Politik, die dieses Konstrukt mit diesem Alleinvertretungsanspruch geschaffen hat, als auch an die Führung der IGGIÖ, die diesen Anspruch selbst aufgegriffen hat. Ich werde mich auch in Zukunft mit Kritik in bestimmten gesellschaftlichen Positionen, die die IGGIÖ-Führung vertritt, nicht zurückhalten. Wenn der Vorarlberger Bischof, der gerade zurückgetreten ist, gegen Muslime hetzt, werde ich auch als Nichtkatholik dagegen Stellung beziehen, genauso auch wenn führende Persönlichkeiten der islamischen Glaubensgemeinschaft sich antisemitisch, frauenfeindlich oder homophob äußern. Das ist ja auch schon passiert.

In einem Interview haben Sie gesagt: „Der konfessionelle Religionsunterricht führt zu einer Ghettoisierung, da erleben die Kinder erstmals, dass sie anders sind.“ Sind Sie also gegen den konfessionellen Religionsunterricht an Schulen?

Ja. Ich bin persönlich für einen interkonfessionellen Religionskundeunterricht. Ich sage bewusst Religionskunde, weil ich Ethik nicht für unterrichtbar halte. In der Ethik geht es um Fragen, wie ich mit Menschen oder der Umwelt umgehe. Da kann ich als Lehrer oder Elternteil eine Vorbildfunktion ausüben, aber das kann man nicht als Unterrichtsfach unterrichten. Daher verwende ich nicht den Begriff „Ethikunterricht“. Aber ein gewisses Wissen um Religionen und auch Religionskritik gehört zur Allgemeinbildung, die das österreichische Schulsystem vermitteln soll. Ich möchte, dass alle Kinder zum Beispiel etwas über die Geschichte der Theologie des Christentums wissen und dass sie etwas über die Geschichte, Traditionen und Gottesvorstellungen des Islam erfahren. Christliche, jüdische, muslimische und atheistische Kinder sollen gemeinsam in diesen Unterricht gehen und voneinander über die Religionen lernen. Nicht zu dem Zweck, dass am Ende Kinder rauskommen, die eine Mischung sind. Bei meinen Workshops am Land in ganz Österreich sehe ich, dass das Wissen der ÖsterreicherInnen über den Islam null ist. Ich bin nicht für eine Abschaffung des Religionsunterrichts, sondern dafür, dass er transformiert wird zu einem überkonfessionellen Religionsunterricht.

Der Islam bzw. die Muslime sorgen in den hiesigen Medien stets für Diskussionen. So auch bei der Frage nach ihrer Mentalität. Einige Experten meinen, dass Türken bzw. Muslime der zweiten Generation radikale Einstellungen hätten. Der Pastoraltheologe Zulehner hingegen meint das genaue Gegenteil. Die aktuelle Generation der MuslimInnen sei sogar im „Modernisierungsstress.“ Was ist Ihre Einschätzung dazu?

In Wirklichkeit wissen wir es nicht. Es gibt keine seriöse Studie mit ausreichendem Datenmaterial, die das in Österreich bis jetzt tatsächlich erhoben hätte. Schon gar keine, die das mit der entsprechenden Vergleichsgruppe erhoben hätte. Wenn ich wissen will, wie viel Antisemitismus es unter muslimischen Jugendlichen gibt, ist das meines Erachtens nur dann seriös, wenn ich derselben Frage auch unter Nichtmuslimen nachgehe. In der Forschung ist diesbezüglich bisher zu wenig investiert worden. Meine Einschätzung ist, dass wir beide Trends parallel haben. Also einerseits jene, die sich klar zu einer stärkeren Gleichheit der Geschlechter und einer stärker liberalen Haltung bekennen – was aber nicht notwendigerweise heißen muss, dass sie nicht religiös sind. Auf der anderen Seite gibt es eine relativ kleine, aber sehr auffällige Minderheit, die Religion zur Ersatzidentität macht – das sind oft junge Männer, die ein Identitätsproblem haben; wie dieser Mohammed M., der jetzt eine kleine Hicra nach Berlin gemacht hat. Es gibt jedoch schon eine kleine Gruppe, die für autoritäre Konzepte mobilisierbar wäre. Das gibt es aber auch in der Gesellschaft der Österreicher – also die FPÖ-Wähler. Das autoritäre Potenzial ist in der Mehrheitsgesellschaft ähnlich hoch wie in der muslimischen. Das autoritäre Potenzial innerhalb der türkisch-muslimischen Community geht nicht nur in Richtung Islamismus, sondern auch in Richtung türkischen Nationalismus.

Das halte ich schon für ein Problem, genauso wie ich es für ein Problem halte, dass die FPÖ in Österreich eine starke Minderheit anzieht. Es wird vor allem ein Problem, wenn sich österreichischer Rechtsextremismus und politischer Islam oder türkischer Nationalismus gegenseitig aufschaukeln. Für die FPÖ sind diese Strömungen auf türkischer Seite das gefundene Fressen für die eigene Propaganda. Das sind sie aber natürlich umgekehrt auch. Der österreichische Rassismus ist neben den ökonomischen und sozialen Differenzen auch ein Grund, warum türkische Jugendliche sich zusammenschließen, und sagen: „Ich bin stolz, Türke zu sein.“

Was braucht es also?

Bündnisse liberaler, demokratischer Strömungen auf beiden Seiten. Ich bin sehr dafür, dass man im Geschichtsunterricht und in einem hoffentlich bald einzuführenden Unterricht „Politische Bildung“ nicht nur über die österreichische Geschichte und die politische Landschaft hier, sondern auch über die politische Landschaft der Herkunftsländer der meisten MigrantInnen in Österreich etwas lernt. Dazu gehört auch Dinge anzusprechen, die sicher auch für viele türkische MigrantInnen heikel sind. Ich sage nur: die Kurdenfrage in der Türkei, die Frage von 1915. Aber eben auch die politischen Strömungen und Entwicklungen in der Türkei. Weiters sind die österreichischen Medien gefragt. Langsam gibt es Fortschritte wie die Migrantenseiten in der Presse oder der Wiener Zeitung.

Wie wichtig ist in diesem Punkt die negative Tonalität in den österreichischen Zeitungen, wenn es um MigrantInnen geht bzw. auch nur die Erwähnung der Herkunftsländer von Kriminellen? Sehen Sie das als Sabotage des Zusammenlebens?

Ja, natürlich. Aber Zeitungen, die genau das verstärkt tun, werden in Österreich von den meisten gelesen. Es ist schön, wenn sich in der Presse etwas verändert, aber solange die Kronen Zeitung weiter so schreibt, wie sie schreibt, ...

Wer soll dann in Österreich die Moscheen eröffnen? Die österreichische Seite selbst? Wir haben in einer Serie rund 40 Moscheenvereine besucht und über sie berichtet. Wir haben gesehen, dass die Politik in Moscheen kein Diskussionsthema war.

Ich habe nicht behauptet, dass der türkische Staat groß Moscheen eröffnet, sondern dass der Dachverband zur Diyanet gehört. Darüber zu diskutieren, ob damit auf Dauer ein gewisser politischer Einfluss verbunden ist, halte ich für wichtig. Gleichzeitig bin ich natürlich der Meinung, dass das legal ist, und wenn das nun einmal so ist, dass viele türkische Muslime gern in einer Diyanet-Moschee beten, dann muss man das akzeptieren. Bei der ATIB sehe ich zum Beispiel nicht das Problem, dass darin fundamentalistisches Gedankengut verbreitet werden würde, wie das manche behaupten. Daher sind die damals auch in unserem „Handbuch des politischen Islam“ nicht vorgekommen. Eine andere Frage ist, ob es so gut ist, wenn auf Dauer ein signifikanter Anteil der Gebetsstätten einer Religion von einem Amt eines anderen Staates betrieben wird. Das ist nicht sehr förderlich für das Ankommen in Österreich. Darüber muss man schon diskutieren.

Was kann das Problem sein, wenn die politische Botschaft eh lautet: „Integriert euch, lernt Deutsch“?

Das Problem kann zum Beispiel sein, dass in Zeiten, in denen sich die Konflikte in der Türkei wieder zuspitzen, so etwas wie der türkische Nationalismus mitimportiert wird.

Wenn überhaupt.

Ich rede gar nicht von den Kämpfen im Osten. Es werden momentan in der Türkei Intellektuelle festgenommen.

Stichwort: türkische Regierung und ihr Einfluss. Wo sehen Sie hier Diskussionsbedarf?

Der Einfluss der türkischen Regierung ist hier nicht immer integrationsförderlich. Noch stärker merkt man das zum Beispiel im Bildungsbereich. Ich fand es zum Beispiel gut, dass damals der türkische Botschafter gefordert hat, Türkisch in österreichischen Schulen verstärkt als Unterrichtssprache anzuerkennen. Ich bin auch dafür. Aber dann muss man auch über die

Rolle der Minderheitensprachen in der Türkei diskutieren – auch hier. Wenn man sich ansieht, was Sprachwissenschaftler über die Schwierigkeiten beim Erlernen der Zweitsprache von MigrantInnen aus der Türkei herausgefunden haben, dann ist die türkische Sprachpolitik der letzten Jahrzehnte – ich rede nicht nur über das Jetzt – eine der Hauptgründe dafür, dass es nachweisbar und signifikant schlechtere Ergebnisse von Kindern mit türkischem Migrationshintergrund gibt als zum Beispiel bei Kindern aus Ex-Jugoslawien. Hintergrund ist einfach, dass der erzwungene Sprachwechsel die sprachliche Lernfähigkeit an sich beeinträchtigt. Deshalb gibt es zwei Gruppen in Österreich, die tatsächlich einen signifikant schwereren Zugang zur deutschen Sprache im Schulunterricht haben, darunter große Teile der türkeistämmigen Bevölkerung. Allerdings geht es dabei nicht nur um die kurdische Frage. In der Türkei gibt es ja auch im Westen ganz viele, die ursprünglich aus Bosnien, Albanien oder dem Kaukasus kommen und die man sehr autoritär turkisiert hat. Das hat zu Problemen in der Fähigkeit des Spracherwerbs an sich geführt. Ähnlich geht es den Roma aus Südosteuropa, weil auch ihre Muttersprache ganz massiv negiert worden ist.

Was möchten Sie zu den Neuerungen sagen, die mit der neuen Verfassung in der Türkei geplant sind?

Ich halte diese Verfassung für besser als die letzte. Ich hab sehr viel mit türkischen und kurdischen Freunden darüber diskutiert. Ich verstehe, dass manche im Vorfeld dieser Volksabstimmung zum Boykott aufgerufen haben, weil ihnen die Änderungen nicht weit genug gehen. Ich persönlich hätte wahrscheinlich für die Verfassungsänderung gestimmt. Aber mittelfristig wird sich dadurch vor allem im kurdischen Gebiet nicht viel ändern. Weil sie theoretisch das Recht haben, Kurdisch zu lernen, das aber nirgends praktisch umgesetzt wird. Praktisch hat sich nichts geändert. Geändert hat sich nur, dass es den Sender *TRT Ses* gibt, was ich für einen Fortschritt halte. Wenn man mir vor zehn Jahren gesagt hätte, dass das offizielle türkische Fernsehen einen kurdischen Sender betreibt, hätte ich gesagt: „Glaube ich nicht.“ Man muss diese Fortschritte zur Kenntnis nehmen. Für mich oder vor allem für die Betroffenen gehen diese Fortschritte offenbar überhaupt nicht weit genug, und im Moment sehe ich einen massiven Rückschlag mit dieser Repressionswelle gegen Intellektuelle – jetzt rede ich gar nicht von der PKK. Wenn man einen militärischen Konflikt hat, gibt es eigentlich zwei Möglichkeiten, ihn zu lösen: Entweder man gewinnt und vernichtet den Gegner oder man redet irgendwann mit ihm und versucht, eine Friedenslösung herbeizuführen. Jetzt hat man schon 27 Jahre versucht, den Gegner zu vernichten, und hat es nicht geschafft. Irgendwann muss man einen Friedensprozess beginnen. Das passiert im Moment leider nicht.

Wir haben zuletzt erfahren, dass eine BDP-Abgeordnete einen von der türkischen Regierung gesuchten Terroristen in den VIP-Bereich des Flughafens mitnehmen und nach Diyarbakir fliegen lassen wollte. Die BDP hat die von Ihnen genannten Chancen bereits mehrmals verpasst.

Ich habe jede Menge Kritikpunkte an der BDP, und an der PKK noch viel mehr, und ich verstehe selbstverständlich, dass Ihr damit keine Freude habt. Darum geht es aber nicht bei der Sache. Sie werden von einem signifikanten Teil der kurdischen Bevölkerung unterstützt. Die Gründe dafür liegen in der Kurdenpolitik der Türkei der letzten 70 Jahre. Wenn man den Konflikt lösen will, gibt es nur die Möglichkeit, mit dem Gegner zu reden – egal ob man ihn mag oder nicht.

Tut das der türkische Staat nicht?

Offenbar setzt er jetzt wieder auf Repression. Ich sage nicht, die Schuld darin liege ausschließlich beim Staat, aber im Moment ist die Türkei wieder zurückgekehrt zu einer Politik, wie wir sie *vor* diesen Reformen kannten. Deshalb fürchte ich, dass der Krieg in die nächste Runde gehen und dass es einige Jahre dauern wird, bis man wieder miteinander reden kann. Das führt zu Toten und Leid auf beiden Seiten.

Stichwort: Causa Ergenekon.

Natürlich ist das ein Problem in der Türkei. Ich halte es für positiv, dass das jetzt juristisch aufgearbeitet wird. Allerdings sehe ich schon ein Problem darin, dass die AKP-Regierung, seit sie den Machtkampf gegen das Militär gewonnen hat, auch eine zunehmend autoritäre Tendenz hat und dass das Ergenekon-Argument teilweise auch gegen andere Leute verwendet wird – zum Beispiel gegen säkulare Journalisten, wo es für mich sehr konstruiert aussieht: dass sie Teil dieser Verschwörung seien. Aber natürlich kenne ich die Akten nicht.

Das türkische Justizministerium hat sich diese diese Fälle sehr genau angeschaut und hat gesehen, dass keine/r dieser JournalistInnen aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeiten festgenommen wurde, sondern dass es jeweils handfeste Beweise für ihre Kontakte zur Terrororganisation Ergenekon gab. Sie sind nicht wegen ihrer journalistischen Arbeit in Haft, sondern weil sie beschuldigt werden, mit den Putschisten kooperiert zu haben.

Es ist schon klar, dass das nicht die offizielle Begründung war. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse der Prozesse – ich hoffe, sie verlaufen fair. Das neue Selbstbewusstsein der Türkei hat sicher auch mit dem ökonomischen Aufschwung der Türkei und dem ökonomischen Niedergang Europas zu tun. Das ist ein sehr wichtiges Argument, und ich habe nicht wirklich ein Problem damit. Wenn dadurch der demokratische Reformkurs wieder umgekehrt wird, ist das allerdings ein Problem. Ich hoffe, dass das nicht der Fall ist.

Darf eine legale Partei von einer Terrororganisation Befehle entgegennehmen?

Ich glaube nicht, dass die BDP Befehle annimmt. Vergleicht das mit Nordirland und mit dem Baskenland! Da gab es immer eine Partei und eine bewaffnete Organisation. Und das Verhältnis, das die beiden miteinander hatten, war meistens ein sehr komplexes. Wenn man sich den Friedensprozess in Nordirland anschaut, dann sag ich, dass die legale Partei, die Sinn Féin, eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat als Vermittler zwischen dem bewaffneten Untergrund und der britischen Regierung. Wenn in der Türkei dieser Weg einmal eingeschlagen wird...

Er ist doch eingeschlagen worden?

Ja, aber dann ist er abgebrochen.

Ja, warum?

Warum auch immer.

In welcher Hinsicht würden Sie die BDP kritisieren?

Ich glaube, dass ein Teil des Problems tatsächlich ist, dass sie keine klare Strategie haben, was jetzt ihre Rolle in einem möglichen Friedensprozess ist.

Distanziert sich die BDP weit genug von terroristischen Aktivitäten in der Türkei?

Das ist die Frage. Wenn sie sagen, „wir sind gegen die PKK“, dann können sie diese wichtige Rolle eines Vermittlers nicht spielen.

Was müssen oder sollten sie der PKK sagen und tun es aber nicht?

Ich glaube nicht, dass das Hauptproblem bei der BDP liegt. Die BDP ist ein zu schwacher Spieler, unter anderem weil ständig das Parteiverbot droht.

Parteischließungen sind jetzt nach dem Referendum nicht mehr so einfach.

Wir kennen die Geschichte der Parteischließungen.

Ja, und auch, was die regierende Partei alles durchgemacht hat.

Der Punkt ist doch der: Wenn man den parlamentarischen Arm stärken würde – im Moment schwächt man ihn, wenn man einen Bürgermeister oder Intellektuellen für ihre Schulungen usw. verhaftet –, dann könnte dieser Arm stärker eigenständig agieren, eine Alternative bieten für junge Menschen, die sich überlegen: „Engagiere ich mich in der Gemeindepolitik oder nehme ich die Waffe und gehe in die Berge?“ Sicher nicht alle Kurden, aber eine signifikante Zahl der Kurden in der Türkei unterstützt die PKK. Das darf man nicht vergessen.

Was will dieser Teil der Bevölkerung genau?

Er will eine wie auch immer geartete politische Autonomie oder so etwas erkämpfen. Sie wollen schon lange keinen eigenen Staat mehr.

Dürfen Waffen hier eine Rolle spielen?

Mir wäre lieber, sie würden keine Rolle spielen.

Zurück nach Österreich: Rechtsradikale Tendenzen in Österreich.

Es gibt historische Kontinuitäten in Österreich. Ich habe sehr lange die These vertreten, dass es einen „Sonderweg Österreich“ gibt, weil wir nach 1945 im Gegensatz zu Deutschland erfolgreich behauptet haben, wir wären die ersten Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Deshalb hat es hier – im Gegensatz zu Deutschland – bis in die 80er Jahre hinein keine Auseinandersetzung mit der österreichischen Schuld gegeben. Dadurch haben sich in Österreich relativ nahtlos antisemitische, rassistische, eugenische Vorstellungen weiter tradieren können. Das kommt jetzt zusammen mit einem wachsenden Rechtspopulismus in ganz Europa, der sicher im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, aber auch mit dem Fehlen anderer Alternativen zu sehen ist. Ich glaube schon, dass eines der größten Probleme in Österreich ist, dass wir keine andere populistische Protestpartei haben als die FPÖ. Die Grünen werden zum Beispiel von den Arbeitern nicht gewählt, weil die ein völlig anderes Klassensegment ansprechen, das der Bourgeoisie, des Bildungsbürgertums. Es wird nie ein enttäuschter Sozialdemokrat aus der Arbeiterschicht die Grünen wählen. In Deutschland gibt es eine Linkspartei. Ich bin mir sicher, dass manche ihrer Wähler zum Beispiel in Österreich die FPÖ wählen würden. Die SPÖ hat leider sehr viele Arbeiter vergrault, weil sie sich selbst viel zu sehr mit der Macht arrangiert hat bzw. die Macht geworden ist.

Hat man sich, wie manche Experten behaupten, nach dem 11. September lediglich auf den „islamisch“ motivierten Terror konzentriert und den links- sowie rechtsextremen Terror vergessen?

Rassismus gab es vorher schon. Nach dem 11. September hat er sich aber verstärkt gegen Muslime gerichtet. Ich halte allerdings wenig davon, in diesem Zusammenhang von Islamophobie zu reden, weil der Hass nicht primär gegen die Religion ist – viele der FPÖler haben ja beste Kontakte in die arabische Welt. Gemeinderat Eisenstein – ein emeritierter Professor der Orientalistik – hat bei seinem Amtsantritt im Gemeinderat gesagt, er habe kein Problem mit dem Islam, wenn er dort ist, wo er sozusagen im Boden verwurzelt ist. Sein Problem sei nur, wenn er hierher kommt, wo er nichts zu suchen habe. Man will also die Muslime nicht „hier“ haben. Viele Österreicher haben tatsächlich ein Problem mit Diversität.

Trotz einer multi-ethnischen Monarchiegeschichte?

Trotz und vielleicht gerade wegen ihr – weil sie diese Nationalismen und den Zerfall der Monarchie offenbar bis heute nicht verdaut haben. Dieser Rest des Imperialen ... Und da glaube ich, dass wir tatsächlich eine Ähnlichkeit mit der Türkei haben, auch im Umgang mit dem Zusammenbruch des Reichs und mit dieser nationalistischen Aufladung. Dieser verzweifelte Versuch, einen eigenen Nationalismus aus den Resten dieser Monarchie hervorzubringen.